

W

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Der Nahostkonflikt

Geschichte und aktuelle Situation

- Ausarbeitung -



Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Verfasserin: [REDACTED]

Der Nahostkonflikt.
Geschichte und aktuelle Situation

Ausarbeitung WD 2 - 133/06

Abschluss der Arbeit: 24.07.2005

Fachbereich WD 2: Auswärtiges, Internationales Recht,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung, Verteidigung,
Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Telefon: + [REDACTED]

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

Inhalt

Vorbemerkung	4
1. Einleitung	4
2. Die Geschichte Palästinas	5
2.1. Die regionalen Kriege seit der Gründung des Staates Israel	7
2.1.1. Der Palästina-Krieg (15. Mai. 1948 - 15. Januar 1949)	7
2.1.2. Der Sinaifeldzug (29. Oktober - 08. November 1956)	7
2.1.3. Der Sechstagekrieg (05. - 10. Juni 1967)	7
2.1.4. Der Jom-Kippur-Krieg (06.-25.Oktober 1973)	8
2.1.5. Der Libanonfeldzug 1982-1985	8
3. Die Palästinensische Widerstandsbewegung	8
3.1. Die Intifada	9
3.2. Die zweite Intifada	9
4. Friedensbemühungen	10
4.1. Abkommen von Camp David aus dem Jahr 1979	10
4.2. Das Oslo I-Abkommen vom 13. September 1993	11
4.2.1. Gaza-Jericho-Abkommen vom 4. Mai 1994	11
4.2.2. Das Abkommen über die palästinensische Teilautonomie vom 4. Mai 1994	12
4.3. Israelisch-jordanischer Friedensvertrag 1994	12
4.4. Das Oslo II-Abkommen vom 24. September 1995	12
4.5. Der Abdullah Plan von 2002	13
4.6. Road Map 2003	13
4.7. Genfer Initiative	16
5. Aktuelle Situation im Juli 2006	17

Vorbemerkung

Die Darstellung der Geschichte eines so komplexen und lang anhaltenden Konfliktes wie des Nahostkonfliktes in einer knappen und zusammengefassten Form – wie durch die Auftragsstellung und den Zeitrahmen vorgegeben – kann nur einen allgemeinen Überblick liefern. Sie muss notwendigerweise auf eine vertiefende Analyse des Friedensprozesses ebenso wie auf eine detaillierte Beschreibung der Akteure – seien es Einzelpersonen oder Parteien und Organisationen – verzichten und kann daher die Komplexität des Konfliktgeschehens, einschließlich seiner internationalen, insbesondere auch sicherheitspolitischen Implikationen, nur anreißen.¹

1. Einleitung

Seit Jahrzehnten ist der Nahe Osten eine Krisenregion. In die zwischen Israel und den Palästinensern geführte Auseinandersetzung um die Grenzen und die Existenz des Staates Israel bzw. eines palästinensischen Staates sind auch die Nachbarstaaten Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien sowie Irak und Iran verwickelt. Die Geschichte des Nahostkonfliktes ist gekennzeichnet vom steten Wechsel zwischen hoffnungsvoll stimmenden politischen Verhandlungen, Vereinbarungen sowie Abkommen und eskalierenden blutigen Auseinandersetzungen und militärischen Kämpfen. Ansätze zu Verständigung und Aussöhnung werden konterkariert durch Hass, Gewalt und Gegengewalt auf beiden Seiten. Der Konflikt hat sich seit Juni 2006 aufgrund von palästinensischen Anschlügen, Selbstmordattentaten und Entführungen sowie aufgrund von Straf- und Vergeltungsaktionen der israelischen Armee, einschließlich der gezielten Tötung mutmaßlicher palästinensischer Terroristen erheblich verschärft.

Die Lösung des Konflikts ist vor allem deshalb so schwierig, weil „zwei Völker unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher Kultur historische und letztendlich ausschließliche Ansprüche auf ein und dasselbe Gebiet (das ‚Heilige Land‘) mit demselben religiösen Zentrum (Jerusalem) erheben.“ (Brockhaus Infothek 2001: Der Nahostkonflikt; Wolfsohn). Israelis und Araber berufen sich auf ihre historisch legitimierte Ansprüche und nehmen sich in erster Linie gegenseitig als Bedrohung wahr.

Ein Verständnis des Nahostkonfliktes ist daher nicht möglich ohne Kenntnis der historischen Hintergründe.

1 Zum Nahostkonflikt, seiner Geschichte und seinen Ursachen gibt es eine umfangreiche Literatur. Für die hier vorliegende Darstellung sind – aufgrund des vorgegebenen Zeitrahmens – vor allem die Übersichtsarbeiten aus dem Jahrbuch Nahost, das vom deutschen Orient-Institut herausgegeben wird (Jg. 1993-2005), Publikationen der Stiftung Wissenschaft und Politik zur Thematik, von den Nahost-Experten Udo Steinbach und Michael Wolffsohn sowie die aktuellen Dossiers der ZEIT, der Deutschen Welle, des Spiegel online und des Focus zugrunde gelegt worden.

2. Die Geschichte Palästinas

In der griechischen Form Palaistine (zu hebräisch Peleschet) bezeichnete der Begriff zunächst das Gebiet der Philister (griechisch Palaistinioi); im griechisch-lateinischen Sprachgebrauch „erweiterte sich die Bedeutung auf das ‚Land Israel‘ beziehungsweise das ‚Heilige Land‘ bzw. ‚Gelobte Land‘ jüdisch-christlicher Tradition, das ungefähr das Gebiet der heutigen Staaten Israel und Jordanien (außer den Wüstengebieten im Nordosten und Südosten) umfasst. Maßgebend wurde die römische Provinzbezeichnung Palaestina, die in den Sprachgebrauch des lateinischen Mittelalters überging.“ (Brockhaus Enzyklopädie online). Nach einem Aufstand in den Jahren 132-135 n. Chr. gegen die Römer in Palästina war das jüdische Volk gezwungen, seine Heimat² zu verlassen und lebte bis zur Gründung des Staates Israel³ größtenteils in der Diaspora. Im 7. Jahrhundert gelangte Palästina unter islamische Herrschaft, im 16. Jahrhundert wurde es schließlich Teil des Osmanischen Reiches. Palästina mit seiner überwiegend arabisch-islamischen Bevölkerung wurde 1918 von britischen Truppen erobert, und der Völkerbund übertrug 1922 Großbritannien ein Mandat für das Gebiet westlich und östlich des Jordans: Der östliche Teil wurde 1923 zu dem autonomen Emirat Transjordanien, das 1946 ein unabhängiges Königreich und 1950 dann in Jordanien umbenannt wurde. Das Gebiet westlich des Jordans umfasst das Gebiet Palästinas, in dem sich der heutige Nahostkonflikt abspielt.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Antisemitismus in Europa entstand im Rahmen der zionistischen⁴ Bewegung die Überzeugung, dass die Juden ein eigenes Land benötigten, vorzugsweise in Palästina.⁵ Der erste zionistische Weltkongress forderte 1897 auf seinem Treffen in Basel die Errichtung eines eigenen jüdischen Staates. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wanderten vermehrt Juden, insbesondere aus Russland nach Palästina; 1914 betrug ihre Zahl bereits 85 000 (gegenüber 600 000 Arabern) „Der Zustrom an jüdischen Siedlern wuchs trotz des erbitterten Widerstands zunächst der türkischen Nationalisten, dann der arabischen Bevölkerung stetig an und erhielt 1917

2 Das 63 v. Chr. zur römischen Provinz gewordene Stammland der Juden hieß ab 135 n. Chr. nicht mehr „Jehud“ (hebr.) bzw. „Judaea“ (lat.), sondern „Syria Palaestina“.

3 Die Bezeichnung ‚Israel‘ wurde zum Identitätsbegriff der Bevölkerung der Provinz „Jehud“ und der außerhalb dieser Provinz lebenden Juden. Alle biblischen Erzählungen und Berichte von Abraham an – die Führung nach Kanaan, der Aufenthalt in Ägypten und die Rettung von dort, die Begegnung mit Jahwe am Gottesberg im Sinai und die Gesetzesgabe, die Führung in das „gelobte Land“ und die verschiedenen geschichtlichen Etappen bis zum Königtum – sind Mosaiksteine des Identitätsmusters der Gemeinschaft, die sich ab 520 v.Chr. um den Zweiten Tempel sammelte. Die biblischen Texte diese Gemeinschaft als von ihrem Gott Jahwe erwählte Gemeinschaft. Alle diese Traditionen sind in Erinnerung gerufen worden, als am 14. Mai. 1948 der jüdische Staat gegründet und ihm der Name Israel – in Weiterführung der traditionellen Selbstbezeichnung der Juden – gegeben wurde. (Brockhaus Enzyklopädie online Version: Artikel Palästina).

4 Zion ist die hebräische Bezeichnung für das „Land der Väter“.

5 Diese Ansicht wurde am prominentesten von dem österreichischen Journalisten Theodor Herzl, dem Begründer der zionistischen Bewegung in seinem Buch „Der Judenstaat“ (1896) vertreten.

auch eine politische Motivation in Form der „Balfour Declaration“ (nach dem britischen Außenminister Lord Balfour). Darin sicherte Großbritannien, das im Ersten Weltkrieg Gegner des mit Deutschland und Österreich verbündeten Osmanischen Reichs war, der zionistischen Bewegung die Schaffung einer ‚Heimstätte‘ in Palästina zu. Trotz einer auf Ausgleich bedachten britischen Politik, die sich in diversen Resolutionen sowie Einwanderungsbeschränkungen für Juden äußerte, und gewaltsamen Widerstands vonseiten der palästinensischen Araber zog es im Verlauf der nächsten Jahrzehnte immer mehr Juden nach Palästina; 1939 betrug ihre Anzahl an die 450 000 (30 % der Gesamtbevölkerung), das 1908 als jüdische Siedlung gegründete Tel Aviv war zu einer Großstadt mit 150 000 Einwohnern herangewachsen.⁶ (Brockhaus Infothek 2001: Der Nahostkonflikt).

Die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehende Vernichtung der Juden in Europa, führte während des Zweiten Weltkriegs und nach dessen Ende zu weiteren (oft illegalen) Masseneinwanderungen nach Palästina. 1938 hatten die Briten in einer geheimen Kabinettsentscheidung Abstand von der Gründung eines Judenstaates genommen und in einem Weißbuch die Anzahl der zur Einwanderung in ihrem Mandatsgebiet zugelassenen Juden auf 756.00 begrenzt, jedoch wuchs nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der moralische Druck⁷, den Juden nach den Schrecken des Nazi-Terrors eine Heimat zu geben. Großbritannien übertrug die Verantwortung für die Lösung des Problems an die Vereinten Nationen. Das beschloss die Teilung des Gebiets in einen jüdischen und einen palästinensischen Teil. Im November 1947 stimmte die VN-Vollversammlung mit der Resolution 181 für einen Plan, den das „Palästina-Komitee (UNSCOP)“ der VN erarbeitet hatte und der eine Aufteilung Palästinas zwischen Juden und Arabern vorsah. Die Resolution regelte nicht nur den exakten Grenzverlauf, sondern auch die Staatsangehörigkeiten, Transitwege, die religiösen und bürgerlichen Rechte. Die arabischen Regierungen und die Palästinenser lehnten den Teilungsplan ab.⁸

Einen Tag nach dem VN-Beschluss begann zwischen Palästinensern und jüdischen Einwanderern ein Bürgerkrieg. Nachdem David Ben Gurion am 14. Mai 1948 die Unabhängigkeit Israels ausgerufen hatte, weitete sich dieser Bürgerkrieg in einen zwi-

6 1920 teilten Frankreich und Großbritannien das Gebiet unter sich auf. Die Briten wurden Mandatsmacht in Palästina, was zwei Jahre später vom Völkerbund bestätigt wurde.

7 1947 kam es zu einer Verschärfung der Lage u. a. durch die Zurückweisung des Schiffs „Exodus“, auf dem sich 4 500 einwanderungswillige europäische Juden befanden.

8 Der Teilungsplan der VN war bei den Arabern nicht zuletzt deshalb auf heftigen Widerstand gestoßen, weil er für Israel 55 % des Gebiets vorsah, darunter den Großteil der Mittelmeerküste und den Zugang zum Golf von Akaba im Süden. Die Araber sollten am Mittelmeer nur den Gazastreifen erhalten, dazu ein Gebiet westlich des Jordans, ein anderes südlich des Libanons (Galiläa) und ein weiteres an der Grenze zu Ägypten. Jerusalem mit seinem Umland sollte internationalisiertes Gebiet werden.

schenstaatlichen Konflikt aus. Ägyptische, jordanische, syrische, libanesische und irakische Truppen marschierten ein; Jordanien annektierte das Westjordanland. Zwischen Februar und Juli 1949 wurden verschiedene Waffenstillstandsabkommen geschlossen.

2.1. Die regionalen Kriege seit der Gründung des Staates Israel

Insbesondere durch den Sechs-Tage-Krieg von 1967 ist ein großer Teil der Probleme und Streitpunkte, über deren Bewältigung und Lösung bis heute verhandelt wird, verschärft worden. Seit 1948 gab es die folgenden Kriege⁹:

2.1.1. Der Palästinakrieg (15. Mai. 1948 - 15. Januar 1949)

Kurz nach der Ausrufung der Unabhängigkeit Israels griffen arabische Armeen aus Ägypten, dem damaligen Transjordanien, Irak, Syrien und Libanon den neuen Staat an. Die israelischen Streitkräfte setzten sich durch und behaupteten etwa 77 Prozent des früheren britischen Mandatsgebietes als ihr Staatsgebiet. Dieses ging über das im Teilungsplan von 1947 den Juden zugedachte Gebiet hinaus. Das Westjordanland wurde von Transjordanien annektiert, der Gaza-Streifen kam unter ägyptische Verwaltung. Die palästinensischen Araber, die nicht Israelis werden wollten, mussten das Land verlassen.

2.1.2. Der Sinaifeldzug (29. Oktober - 08. November 1956)

Palästinensisch-arabische Untergrundorganisationen übten ab 1949/50 Vergeltungsschläge, auch die arabischen Staaten wollten eine Ausweitung des israelischen Einflussbereichs verhindern. So kam es 1956 zur so genannten Suezkrise (29. 10. bis 8. 11. 1956), in deren Verlauf Israel die zu Ägypten gehörende Sinai-Halbinsel besetzte. Unter starkem internationalem Druck zog sich Israel bis 1957 dann wieder zurück

2.1.3. Der Sechstagekrieg (05. - 10. Juni 1967)

Im Vorfeld des Krieges war es zu Scharmützeln an Israels Nordgrenze zu Syrien gekommen. Ägyptens Präsident Abdel Nasser ließ seine Armee in den demilitarisierten Sinai einrücken und blockierte Israels einzigen Meereszugang in Richtung Afrika und Asien. Daraufhin eroberte Israel innerhalb kürzester Zeit den Sinai, den von Ägypten verwalteten Gaza-Streifen, die syrischen Golanhöhen und das von Jordanien annektierte Westjordanland. Israel war nicht bereit, den Resolutionen des VN-Sicherheitsrats nachzukommen und die besetzten Gebiete wieder zu räumen, was auch dazu beitrug, dass die Terroraktionen der Palästinenser sich ausweiteten.

9 Die folgende Darstellung basiert auf Klingst; Polke-Majewski 2006: Der Nahostkonflikt; Spiegel online 2006: Nahost-Dossier sowie Focus 2006: Chronologie des Nahostkonfliktes.

Am 22. November 1967 beschloss der VN-Sicherheitsrat die Resolution 242, auf die sich heute noch alle Konfliktparteien berufen. Sie verlangt den „Rückzug israelischer Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden“, fordert aber ebenso die Achtung Israels und seines Rechts, „innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden zu leben frei von Drohungen und Akten der Gewalt“; die VN setzten außerdem die Stationierung einer VN-Friedenstruppe am Golf von Akaba durch

2.1.4. Der Jom-Kippur-Krieg (06.-25.Oktober 1973)

1973 kam es zu einer weiteren militärischen Auseinandersetzung, dem Jom-Kippur - oder Oktober-Krieg: An einem hohen, Jom Kippur genannten jüdischen Feiertag überfielen Ägypten und Syrien Israel, das nach anfänglich schweren Verlusten den Mythos seiner Unbesiegbarkeit einbüßte, dann allerdings über den Suezkanal vordringen und weitere Teile der Golanhöhen erobern konnte und den Sinai besetzt behielt. Auf Betreiben des amerikanischen Außenministers Henry Kissinger kam es 1974/75 zu israelisch-arabischen Truppenentflechtungsabkommen.

Am 22. Oktober 1973 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat die Resolution 338, die alle Konfliktparteien auffordert, „unverzüglich mit der Erfüllung der Resolution 242 in allen ihren Bestandteilen zu beginnen“.¹⁰

2.1.5. Der Libanonfeldzug 1982-1985

Nachdem sich die Guerillatätigkeit an der Nordgrenze deutlich verstärkt hatte, marschierten die israelischen Truppen am 6. Juni 1982 in den Libanon ein mit dem Ziel, die dort erstarkte PLO zu schwächen und teilweise zu zerschlagen. Der Vormarsch ging bis Beirut, von wo aus die PLO operierte: In Westbeirut wurden 10.000 PLO-Kämpfer von den israelischen Truppen eingeschlossen und zur Aufgabe aufgefordert.. Erst 1985 räumte Israel das Nachbarland, allerdings blieb eine Sicherheitszone im Süden bis zum Jahr 2000 besetzt.

3. Die Palästinensische Widerstandsbewegung

Im Kampf gegen Israel bildeten sich v. a. in den palästinensischen Flüchtlingslagern seit den 1950er-Jahren verschiedene Guerillaorganisationen (u. a. die Al Fatah) heraus, deren Aktivität sich besonders ab 1967 steigerte¹¹.

10 Die Resolution bezieht sich auf den Rückzug aus den besetzten Gebieten.

11 Israel hatte schon vor 1967 ein „Palästinenserproblem“, da viele Familien nach 1949 bereits aus dem neuen israelischen Gebiet in das Westjordanland geflohen waren. Dies Problem verschärfte sich nach dem Sechs-Tage-Krieg, da Hunderttausende Palästinenser nun unter israelische Besatzung kamen. Viele flohen aus dem nun israelisch besetzten Westjordanland in die arabischen Nachbarstaaten; nach Schätzungen sind insgesamt 70% der arabischen Bevölkerung Palästinas entwurzelt, viele der Flüchtlinge leben in großer Armut..

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (englische Abkürzung PLO) wurde 1964 gegründet. Ihre zentrale Führungspersönlichkeit war Jassir Arafat, der von 1969 bis zu seinem Tod 2004 Vorsitzender des Exekutivrats war.

3.1. Die Intifada

Im Dezember 1987 brach ein Aufstand der palästinensischen Araber gegen die israelische Besatzungsmacht aus, die sog. Intifada¹², in dessen Verlauf die radikale, aus dem palästinensischen Zweig der Muslimbruderschaft hervorgegangene und sich am islamischen Fundamentalismus orientierende Bewegung Hamas an Bedeutung gewann. Die Hamas kämpft vor allem für die Errichtung eines islamischen palästinensischen Staates im gesamten ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina und die Abschaffung des Staates Israel. Als Reaktion auf die Gewalteskalation rief der im Exil tagende Nationalrat der PLO am 15. November¹³ 1988 in Algier einen unabhängigen Palästinenserstaat in den von Israel besetzten Gebieten aus. Dies wurde möglich, nachdem Jordanien im Juli 1988 zu Gunsten der PLO auf das Westjordanland verzichtet hatte.

Mit der gleichzeitigen Anerkennung der VN-Resolutionen 242 und 338 bekundete der PLO-Nationalrat implizit die Anerkennung des Staates Israel und seine Bereitschaft zu einer künftigen Zweistaatenlösung. Arafat wurde Anfang April 1989 zum provisorischen Staatsoberhaupt ernannt; den Status eines autonomen Staates erhielt Palästina Ende 1989 von den UN jedoch nicht zuerkannt. Die VN-Generalversammlung holte dies am 7. Juli 1998 nach, ohne jedoch Palästina Stimmrecht zu verleihen. Die israelische Regierung unter Schamir lehnte jedoch eine Anerkennung durch die „Terrororganisation“ PLO ab

3.2. Die zweite Intifada

Die zweite Intifada, die sog. Al-Aksa-Intifada, brach im Herbst 2000 aus: Nach einem provozierenden „Spaziergang“ des ehemaligen Verteidigungsministers, Militärführers im Libanonkrieg und damaligen Oppositionsführer vom rechtsgerichteten Likud-Block, Ariel Scharon, auf dem Tempelberg in Jerusalem¹⁴, mit dem er demonstrieren wollte, dass diese für die Moslems heilige Stätte mit der Al-Aksa-Moschee¹⁵ unter israelischer Hoheit stünde, kam es zu einer „Spirale der Gewalt“. Israelische Sicherheitskräfte beschossen arabische Demonstranten, die Folge waren nicht nur Aufstände in Jerusalem,

12 Die deutsche Bedeutung des arabischen Wortes ist „abschütteln“.

13 Dieses Datum ist seit 1995 palästinensischer Nationalfeiertag.

14 Der Tempelberg ist eine heilige Stätte für die Moslems, da von der Stelle, auf der jetzt der Felsendom steht, die Himmelfahrt Mohammeds stattgefunden haben soll. Der Felsendom ist das bekannteste Wahrzeichen von Jerusalem, der dritten der heiligen Städte des Islam nach Mekka und Medina.

15 Bei vielen Muslimen gilt sie als die drittwichtigste Moschee des Islam.

sondern in den gesamten von Israel kontrollierten Gebieten (vor allem in Ramallah, Hebron und Gaza). Jeden palästinensischen Anschlag beantworteten die Israelis mit Angriffen auf palästinensische Siedlungen. Die Häuser palästinensischer Selbstmordattentäter wurden systematisch von der Armee zerstört. Auf beiden Seiten wurden während der Intifada seit 2000 hunderte Menschen getötet. Die Israelis setzten Jassir Arafat unter Hausarrest.¹⁶

Nach einer stetig eskalierenden Reihe von Anschlägen und Vergeltungsmaßnahmen spitzte sich die Lage im Dezember 2001 soweit zu, dass Scharon davon sprach, Israel sei im „Krieg mit den Palästinensern“, wofür er alleine den PLO-Chef Arafat verantwortlich machte, der nicht entschieden genug gegen die terroristischen Aktivitäten im eigenen Lager vorgehe.

4. Friedensbemühungen

In einer Vielzahl von Verhandlungen und Abkommen ist versucht worden, eine für beide Seiten akzeptable Regelung zu finden, was bis heute nicht gelungen ist..

4.1. Abkommen von Camp David aus dem Jahr 1979

Der **Friedensprozess zwischen Ägypten und Israel** nach dem Jom-Kippur-Krieg setzte erst ein, als Ägypten unter seinem damaligen Präsidenten Anwar al-Sadat seine Haltung gegenüber Israel änderte und im Rahmen der Gespräche, die 1978 auf Einladung des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter zwischen Sadat und dem israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin in Camp David stattgefunden hatten, ein Abkommen schloss, dem 1979 ein Separatfriedensvertrag zwischen Israel und Ägypten folgte, aufgrund dessen sich Israel vom Sinai zurückzog. Dieser Friedensvertrag hatte auch zur Folge, dass die PLO als (auch) militante Organisation nun nicht mehr von Ägypten unterstützt wurde. Daraufhin verlagerte die PLO ihr Aktionszentrum in den Libanon, von wo aus ihre Terroreinheiten Siedlungen im Norden Israels überfielen. Israel reagierte 1982 mit dem Einmarsch von Truppen in den Libanon, belagerte Beirut und zwang die PLO, mit ihren Militäreinheiten den Libanon zu verlassen (Arafat wandte sich nach dem 3 000 km entfernten Tunesien, was ihm von vielen Palästinensern sehr übel genommen wurde). Erst 1985 zog sich die israelische Armee aus dem Libanon zurück.

Bis Anfang der 90er-Jahre gab es keine weiteren Fortschritte in Richtung Frieden, denn die israelische Erklärung aus dem Jahr 1980, dass ganz Jerusalem Hauptstadt Israels sei,

16 Obwohl sich der PLO-Chef von den Attentaten distanzierte, gingen die Anschläge weiter. Denn eine Vielzahl gewalttätiger Gruppen hatte sich längst selbstständig gemacht und von Arafat distanziert, zum Beispiel die radikalislamische Organisation Hamas.

die Annexion von Teilen der Golan-Höhen und die massive Besiedlung des Westjordanlandes¹⁷ durch Israel stießen in der arabischen Welt auf deutlichen Widerspruch.

4.2. Das Oslo I-Abkommen vom 13. September 1993

Nach Beendigung des Zweiten Golfkriegs 1991 mehrten sich die Anzeichen, dass die unversöhnlichen Positionen auf beiden Seiten aufgelockert würden: So bemühte sich die Madrider Nahostfriedenskonferenz bemühte sich 1991 unter dem Vorsitz von George Bush und Michail Gorbatschow um einen Ausgleich zwischen Israel und der PLO. In der Folge kam es erstmals zu bilateralen Verhandlungsrunden und direkten Gesprächen zwischen den Gegnern. Israel ließ sich 1992 unter dem Motto „Land für Frieden“ auf eine Beendigung seiner aggressiven Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten ein. Eine weitere Annäherung brachten die 1993 unter norwegischer Vermittlung in Oslo geführten Geheimverhandlungen. Darin vereinbarten beide Seiten unter norwegischer Vermittlung die gegenseitige Anerkennung, und ein Rahmenabkommen über die Teilautonomie der palästinensischen Araber im Gaza-Streifen und im Gebiet von Jericho. In weiteren Abkommen legten Israel und die PLO den territorialen Umfang und den stufenweisen Rückzug der israelischen Streitkräfte aus diesen Gebieten fest:

Nach den schwierigen Verhandlungen in Oslo unterzeichneten Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) am 13. September 1993 in Washington eine so genannte Prinzipienklärung, auch Oslo I genannt.¹⁸ Darin erkennen sich beide Parteien an, verzichten auf Gewalt, und Israel gewährt Teilen des von ihm besetzten Gebietes einen Autonomiestatus. Das Oslo I Abkommen umfasst mehrere Teilabkommen bzw. Vereinbarungen:

4.2.1. Gaza-Jericho-Abkommen vom 4. Mai 1994

Mit der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens tritt die palästinensische Selbstverwaltung in Kraft. Außerdem regelt das Abkommen den Abzug der israelischen Truppen aus Jericho und dem Gaza-Streifen. Allerdings ist die palästinensische Autonomie ist allerdings zunächst beschränkt auf die Bereiche Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen sowie Zoll, Steuern, Industrie, Landwirtschaft und Tourismus, für die Außen- und Sicherheitspolitik sollte bis zur endgültigen Regelung Israel zuständig bleiben. Als erster Schritt zur palästinensischen Autonomie erfolgte am 16./17. Mai 1994 die Übergabe bestimmter Verwaltungsaufgaben und Regierungsbefugnisse der israeli-

17 Viele der Siedler im Westjordanland sind Anhänger der nationalreligiösen Partei und des Likud. Ihr Widerstand gegen eine Aufgabe ihrer Siedlungen rührt daher, dass sie das Gebiet am Jordan, das biblische Judäa und Samaria, als einen Teil von Großisrael, wie es die Bibel verheißt, ansehen.

18 Unter der Vermittlung von US-Präsident Clinton kam es zum historischen Handschlag zwischen PLO-Chef Arafat und dem israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin. Für ihre Rolle im Nahost-Friedensprozess erhielten Rabin, Arafat und der damalige israelische Außenminister Schimon Peres 1994 den Friedensnobelpreis.

schen Militär- und Zivilverwaltung an die Palästinensische (Nationale) Autonomiebehörde; am 5. Juli 1994 nahm diese offiziell ihre Arbeit auf. Zu ihrem Vorsitzenden war Arafat schon am 12. Oktober 1993 (mit der Billigung des Gaza-Jericho-Abkommens) vom PLO-Zentralrat ernannt worden. Außerdem begannen der Aufbau einer palästinensischen Polizei (ab 10./12. Mai 1994) und Israel mit dem Abzug von Truppen in „Sicherheitsgebiete“ sowie mit der Freilassung von palästinensischen Gefangenen.

4.2.2. Das Abkommen über die palästinensische Teilautonomie vom 4. Mai 1994

Dieses Abkommen, auch Kairoer Abkommen genannt, regelt den Übergang zur palästinensischen Autonomie innerhalb einer Zeit von maximal fünf Jahren. Die vorläufige palästinensische Selbstverwaltung wurde in diesem Abkommen für die Zeit ab 27. August 1995 auf weitere Teile des Westjordanlandes ausgeweitet (Übergabe verschiedener Orte und Städte an die Palästinenser). Allerdings zögerte die israelische Militär- und Zivilverwaltung den Rückzug der israelischen Besatzung in den einzelnen Stufen gegenüber dem vereinbarten Zeitplan hinaus.

4.3. Israelisch-jordanischer Friedensvertrag 1994

In weiteren Verhandlungen in Folge der Madrider Nahostfriedenskonferenz kam es am 17. Oktober 1994 zu einem Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien.

4.4. Das Oslo II-Abkommen vom 24. September 1995

Als Oslo II-Abkommen wird das sog. erweiterte Autonomieabkommen (oder auch Tabba-Abkommen) vom 24. September 1995 bezeichnet¹⁹, das den Aufbau und die Selbstverwaltung der palästinensischen Autonomiegebiete präzisiert und Stufen der Landrückgabe an die Palästinenser festlegt. Die Selbstverwaltung der Palästinenser wird ausgeweitet, das Westjordanland in drei Zonen aufgeteilt. Die Zone A – sie umfasst die großen Städte mit Ausnahme Hebrons – wird vollständig von den Palästinensern kontrolliert. Die Zone B steht unter gemeinsamer Regie. Die Zone C – jüdische Siedlungen und unbewohntes Gebiet mit Militärstützpunkten – steht unter dem Kommando Israels.

Palästinensische Terroranschläge auf der einen Seite, fortgesetzte israelische Siedlungstätigkeit auf der anderen Seite haben jedoch das Ziel der beiden Oslo-Abkommen „mehr Autonomie für die Palästinenser, mehr Sicherheit für die Israelis“ zunichte gemacht. Daher und wegen des verzögerten israelischen Truppenrückzugs wurden Nachverhandlungen nötig.²⁰ Sie führten zum Hebron-Abkommen vom 17. Januar 1997 sowie dem Wye-Abkommen von 1998 und Abkommen von Scharm al-Scheich 1999.

19 Es wurde am 28. September 1995 in Washington unterzeichnet.

20 Doch kurz nach dem zweiten Oslo-Abkommen fiel Jizchak Rabin einem Mordanschlag zum Opfer. Der Täter war ein radikaler Israeli, der mit dem Friedensprozess nicht einverstanden war. Der 1996

Die Politik des seit Juni 1996 amtierenden israelischen Premiers Benjamin Netanjahu, dem Führer des konservativen Likud-Blocks, erschwerte den weiteren Verhandlungsprozess für weiteren Konfliktstoff. Während der Regierungszeit des Likud-Politikers Benjamin Netanjahu (1996– 1999) wurden nicht nur bestehende Siedlungen in den besetzten Gebieten weiter ausgebaut, Netanjahu verzögerte auch das 1998 anstehende Wye-Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern durch das Einbringen immer neuer Bedingungen. Unter seinem Nachfolger, Ministerpräsident Ehud Barak (Arbeitspartei) kam der Friedensprozess wieder in Gang. Die Israelis räumten weitere Gebiete im Westjordanland Erst unter dem neuen israelischen Premierminister Barak kam es 1999 zum Zwischenabkommen von Scharm al-Scheich. Bei dem im Juli 2000 von US-Präsident Bill Clinton angesetzten Gipfeltreffen zwischen Barak und Arafat schien eine abschließende Regelung in greifbare Nähe gerückt zu sein, doch endeten die Verhandlungen ohne Ergebnis: „Nach den Verhandlungen von Camp David und Taba (2000/01) sollte sich der künftige Staat Palästina über ganz Gaza und über 95 Prozent des Westjordanlands ausbreiten. Ein Transitweg sollte beide Teile verbinden und Jerusalem aufgeteilt werden. Am Ende scheiterte auch der Clinton-Plan vor allem an den Kernfragen der völkerrechtlichen und materiellen Absicherung einer palästinensischen Staatlichkeit, der Festlegung der Grenzen, dem Status von Jerusalem, der Frage des Rückkehrrechts der Flüchtlinge von 1948/49 sowie der Zukunft der etwa 200.000 israelischen Siedler im Gazastreifen und im Westjordanland. (Klingst; Polke-Majewski 2006)

4.5. Der Abdullah Plan von 2002

Auf ihrem Gipfeltreffen in Beirut verabschiedeten die arabischen Staaten offiziell den Friedensplan des saudischen Kronprinzen Abdullah. Das Papier sieht die Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten vor – wenn sich Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzieht und die Gründung eines Palästinenserstaates zulässt. Einen Tag nachdem die arabischen Staaten den Abdullah-Plan offiziell verabschiedet hatten, marschierten die israelische Armee in mehrere palästinensische Städte und das Flüchtlingslager Dschenin ein. Unter dem Namen „Operation Schutzwall“ wollten die Israelis den Terror bekämpfen und gannen mit dem Bau eines stark bewerten Grenzzaunes, der teilweise als mehrere Meter hohe Betonmauer ausgeführt ist.

4.6. Road Map 2003

Zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Osloer Grundsatzabkommens begann 2003 mit der sog. Road Map der Einstieg in eine neue Etappe des Friedensprozesses. Die Road Map gilt auch heute noch als gültiger **Friedensplan** bzw. „ergebnisorientierter Fahrplan

gewählte Benjamin Netanjahu handelte zwar noch ein letztes Abkommen mit den Palästinensern aus, doch er hat die in Oslo erzielten Übereinkünfte nie vollständig umgesetzt.

für eine **dauerhafte Zwei-Staaten-Regelung**“ des Konfliktes. Entstanden war der Plan 2002 im Rahmen des als „**Quartett**“ bekannten internationalen Koordinationsforums für die Nahostpolitik, dem die Vereinten Nationen²¹, die EU, die USA und die Russische Föderation gemeinsam angehören. Der Plan wurde den Konfliktparteien am 30. April 2003 offiziell übergeben, nachdem die palästinensische Führung ein neues Kabinett unter Machmud Abbas vereidigt hat. Im Mai 2003 nahm das israelische Kabinett die „road map“ an und akzeptiert damit erstmals den Plan einer Gründung eines eigenständigen palästinensischen Staates. Kurze Zeit später stimmte auch der damalige palästinensische Premierminister Mazen in Akaba dem Plan zu.²²

Die Road Map zeichnet einen Weg vor, der – ursprünglich bis 2005 – in drei Phasen zu einer umfassenden und endgültigen Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes und zu zwei unabhängigen Staaten führen sollte. In der **ersten Phase** sollten die **Palästinenser** Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ergreifen, **Israel** sollte dafür sorgen, die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung zu normalisieren (Truppenabzug aus palästinensischen Städten) und die humanitäre Lage in den palästinensischen Gebieten zu verbessern. Zudem soll in dieser Phase der Siedlungsbau in den besetzten Gebieten vollständig eingestellt und nach März 2001 errichtete Siedlungen geräumt werden. Die **zweite Phase** sollte nach palästinensischen Wahlen mit einer vom Quartett einberufenen internationalen **Konferenz** beginnen, um die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien über eine endgültige Konfliktlösung einzuleiten. Diese Phase sollte nach der Verabschiedung einer demokratischen Verfassung und der Bildung einer funktionierenden palästinensischen Regierung mit der Schaffung eines unabhängigen **palästinensischen Staates** in vorläufigen Grenzen mit „einigen Attributen von Souveränität“ enden. Israel sollte die in Phase 1 begonnenen Maßnahmen weiterführen und insbesondere die **besiedelten Gebiete so weit räumen**, dass ein zusammenhängendes

21 Seit 1948 wurden 294 Resolutionen verabschiedet, davon wird Israel in 240 Resolutionen direkt verurteilt: wegen Verletzung der Menschenrechte, wegen seiner Besatzungspolitik, wegen Angriffshandlungen gegen Nachbarstaaten. Hinzu kommen noch die Resolutionen der UN-Vollversammlung zu Israel, die im Gegensatz zum Sicherheitsrat jedoch keine Vollmachten hat. Druck kann die UNO also nur ausüben, wenn der Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet. Dennoch hat Israel nahezu alle Resolutionen ignoriert. So gab es seit dem Sechs-Tage-Krieg wiederholte Aufforderungen der UN an Israel, den Status der besetzten Gebiete, vor allem Ost-Jerusalems, nicht zu verändern. Israels Antwort war das Jerusalem-Gesetz von 1980, mit dem Ost-Jerusalem annektiert wurde. Weil man dazu ein Gesetz erlassen hatte, war nach israelischer Lesart die Annektierung legal. Von Bedeutung ist die Resolution 242, die nach dem Sechs-Tage-Krieg beschlossen wurde. Denn sie markiert den Beginn der Formel: "Land für Frieden" und fordert, dass sich alle beteiligten Staaten gegenseitig anerkennen und die Integrität ihrer Grenzen achten. So wird die Resolution 242 noch heute unterschiedlich ausgelegt. Die Palästinenser akzeptierten 242 damals zunächst nicht, weil sie damit Israel anerkannt hätten. Israel hingegen vertritt die Auffassung, mit der Rückgabe des Sinai an Ägypten sei die Resolution erfüllt.

22 Die einzelnen Schritte, die zur friedlichen Koexistenz zweier selbstständiger Staaten Israel und Palästina nebeneinander führen sollten, waren bereits im selben Jahr teilweise gescheitert. Angesichts der Probleme – insbesondere auch mit seinem Präsidenten Arafat – trat Machmud Abbas Anfang September zurück. Sein Nachfolger Achmed Kurei erbt mit seinem Amt auch dessen Konflikt mit Arafat, den militanten Palästinensern und den Israelis.

Territorium für den palästinensischen Staat entsteht. Auch für die **dritte Phase** war eine internationale Konferenz vorgesehen, die die erzielte Einigung über einen unabhängigen palästinensischen Staat bestätigen und konkrete Verhandlungen über eine letztgültige und umfassende Vereinbarung über den endgültigen Status einleiten sollte. ([REDACTED] 2004).

Abbildung 1

Friedens-„Fahrplan“ für Nahost

Die „Roadmap“ des Quartetts
USA, UNO, EU und Russland

Phase 1

- Israelis und Palästinenser schließen Sicherheitsabkommen. Rückzug Israels aus autonomen Gebieten, Siedlungsstopp, Lockerung von Zwangsmaßnahmen.

Phase 2 – Dezember 2003

- Errichtung eines palästinensischen Staates mit provisorischen Grenzen

Phase 3 – bis 2005

- Bis 2005 Abschluss der Endstatus-Verhandlungen, Rückkehr zu den Grenzen von 1967, (UN-Resolutionen), „gerechte“ Lösung der Flüchtlingsfrage.
- Israel nimmt Friedensverhandlungen mit Syrien und Libanon auf.
- Geberkonferenz zum langfristigen Wiederaufbau und zur Stabilisierung Palästinas.



- Palästinensische Gebiete – zur Zeit von Israel besetzt
- Jüdische Siedlungen (ca. 200.000 Siedler)

Quelle: APA

dpa · Grafik 8064

Im März 2004 endet die Road Map vorläufig - und wahrscheinlich auch langfristig - in einer **Sackgasse**, als auf Ariel Scharons Befehl hin der Gründer und geistigen Führer der Hamas, Scheich Ahmed Jassin, getötet wird. Auch der fortschreitende Bau einer israelischen Sperranlage im Westjordanland heizt den Konflikt weiter an. Denn auch nach der israelischen Zustimmung zur Road Map wurde der Bau der Trennmauer / des Sicherheitszauns, weiter verfolgt vermutlich mit dem Ziel, vor einer endgültigen Friedensregelung Fakten zu schaffen. Israel besteht trotz internationaler Kritik und eines ablehnenden Gutachten des Haager Gerichtshofes auf den Sperranlagen, die aus seiner Sicht als Schutz gegen terroristische Angriffe aus den Gebieten der Palästinenser unabdingbar seien.

4.7. Genfer Initiative

Nach zweijähriger Vorarbeit haben am 1. Dezember 2003 eine israelische und eine palästinensische Delegation unter Führung des früheren Justizministers Yossi Beilin und des ehemaligen Mitglieds der palästinensischen Autonomiebehörde Yasser Abed Rabbo ein Dokument unterschrieben, das als „Genfer Initiative“ bezeichnet worden ist..

Die Verfasser der „Genfer Initiative“ wollten auf dem Höhepunkt der 2.Intifada eine Alternative zur gewaltsamen Konfrontation anbieten und deutlich machen, dass weiterhin der Verhandlungsweg als Option offenstehe. Als private Initiative war die Genfer Initiative weder offizielle Regierungspolitik Israels noch Arafats, obwohl dieser, offiziell nicht mit der Initiative verbunden, einigen Einfluss auf die palästinensischen Verhandlungsführer ausgeübt hat.

Der Entwurf des Abkommens sieht einen zukünftigen palästinensischen Staat in beinahe den gesamten Gebieten des Westjordanlandes und des gesamten Gazastreifen vor, dessen Hauptstadt Jerusalem sein sollte. Von der „Grünen Linie“, der Waffenstillstandslinie zwischen Israel und dem Königreich von Jordanien 1949–1967, sollte die zukünftige Grenze der beiden Staaten, Israel und Palästina, nur in wenigen Punkten abweichen. Etwa 2 Prozent des Westjordanlands, in denen sich einige der größten israelischen Siedlungen befinden, sollten laut der Genfer Initiative dem israelischen Staat zugeschlagen werden, wofür das zukünftige Palästina mit einer ebenso großen Landfläche entschädigt werden sollte.

Im Gegenzug zur Aufgabe der meisten israelischen Siedlungen in diesen Gebieten (Schätzungen zur Zeit der Veröffentlichung der Initiative gingen von 110.000 Menschen aus, die umgesiedelt werden müssten), sollten die Palästinenser ihr *Rückkehrrecht* auf eine Zahl beschränken, die letztlich von Israel bestimmt würde. Mit der Implementierung des Abkommen sollten weitere Ansprüche und Forderungen an Israel verfallen. (Genfer Initiative [<http://www.genfer-initiative.de/>]; Genfer Initiative in:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Nahost/genf/Welcome.html> sowie in; http://de.wikipedia.org/wiki/Genfer_Initiative).

W

2005 hat die israelische Armee den **Gaza-Streifen geräumt**, alle Siedlungen wurden aufgelöst. Bei den **Wahlen in den Palästinensergebieten** gewann die islamistische Hamas die Mehrheit. Weiterhin erkannte sie das Existenzrecht Israels nicht an. Daraufhin entzog die Europäische Union der Palästinenserregierung ihre finanzielle Unterstützung, auch andere Geldgeber hielten sich zurück. Innerpalästinensische Konflikte wurden immer öfter gewaltsam ausgetragen, Beobachter warnten vor einem Bürgerkrieg. Auch der Ton zwischen Israelis und Palästinensern wurde zunehmend schärfer; die Regierung Ehud Olmerts, des Nachfolgers von Ariel Sharon, weigerte sich, Gespräche mit der Hamas-Führung zu führen.

5. Aktuelle Situation im Juli 2006

Bei einem Angriff auf den Übergang zum Gazastreifen im Gebiet des Kibbuz „Kerem Shalom“ haben am 25. Juni bewaffnete Palästinenser der „Hamas“ und der „Popular Resistance Committees“ (PRC) zwei israelische Soldaten getötet, den Soldaten Gilad Shalit entführt und vier weitere Soldaten verletzt.

Israel ließ Panzer auffahren, besetzte Teile des Gaza-Streifens und bombardierte Regierungsgebäude sowie Teile der Infrastruktur. Dutzende Hamas-Funktionäre, darunter auch Regierungsmitglieder, wurden festgenommen. Die Forderung der Entführer, im Austausch gegen Shalit Hunderte palästinensische Gefangene freizulassen, wies der israelische Ministerpräsident Olmert scharf zurück. In der Nacht zum 28. Juni hat Israel eine Militäroffensive in den Gazastreifen gestartet. Die Luftwaffe flog vor dem Beginn der Bodenoffensive vier Angriffe auf den Gazastreifen. Dabei wurden drei Brücken zerstört und das wichtigste Elektrizitätswerk. Ziel der Aktion ist unter anderem die Befreiung des entführten Soldaten. Die Armee rechnet damit, dass die Offensive mehrere Wochen dauern könnte. Israelische Sprecher betonen, es handele sich um einen begrenzten Einsatz, man plane keineswegs eine Wiedereroberung des Gazastreifens.

Nachdem die radikale libanesische Hisbollah-Miliz, die von Syrien und Iran unterstützt wird²³, am 12. Juli 2006 die Entführung zweier israelischer Soldaten aus einem Panzer, der in ein Scharmützel an der libanesisch-israelischen Grenze verwickelt war, bekannt gegeben hatte, sind israelische Truppen auch in den Libanon eingerückt. Diese Entführung hat den neuen löste Libanon-Krieg ausgelöst. (Zeit 2006: Dossier Nahostkonflikt).

23 Die schiitische Hisbollah wurde 1982 auf Betreiben des Iran und Syriens gegründet, um der damals gerade eben begonnenen israelischen Besetzung des Südlibanon zu begegnen. Mitglieder und Anhänger rekrutierte die neue Organisation aus dem Kreis der Amal – der traditionellen, aber auch abgewirtschafteten schiitischen Bewegung im Libanon, die bis dahin die Schiiten des Südlibanon und der östlichen Beqa'a-Tiefebene vertreten hatte.

Israels Ministerpräsident Ehud Olmert kündigte an, den Krieg gegen die Hisbollah-Miliz so lange fortsetzen, bis der Preis dafür zu hoch ist. "Nach Schätzungen der UNO gibt es 500.000 Flüchtlinge im Land, die sich vor den Bomben in Sicherheit bringen wollen. Tausende Ausländer wurden inzwischen aus dem Libanon evakuiert. In einem dramatischen Appell fordert Israel alle noch verbliebenen Bewohner des Südlibanons auf, die Region so schnell wie möglich zu verlassen. Der libanesischer Ministerpräsident Fuad Saniora beklagt, seit Beginn der Kämpfe vor einer Woche bis Mittwoch seien schon etwa 300 Menschen getötet und über 1.000 verletzt worden. Auf israelischer Seite starben bisher 32 Menschen.

VN-Generalsekretär Kofi Annan hatte Israel und die Hisbollah zu einer sofortigen Waffenruhe aufgerufen. Vor dem Weltsicherheitsrat in New York warf er der Hisbollah vor, mit ihren Raketenangriffen auf Israel und der Verschleppung zweier israelischer Soldaten "ein ganzes Land als Geisel" zu nehmen. Mit einem dramatischen Appell hat der VN-Koordinator für humanitäre Hilfe,

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) suchte am Wochenende im Nahen Osten einen Ausweg aus der Krise. Steinmeiers in Ägypten, Israel und Gaza war nur ein Teil der diplomatischen Bemühungen, mit dem Europa sich um Deeskalation müht. Der britische Außenpolitiker Kim Howells flog nach Beirut, um mit der libanesischen Regierung zu reden. Der französische Kollege Philippe Douste-Blazy reiste durch Israel.²⁴

Am Sonntag kam etwas Bewegung in die Krise. Plötzlich und vor allem entgegen aller bisher getroffenen Aussagen erklärte sich die Hisbollah-Miliz bereit, die libanesischer Regierung mit Hilfe einer "dritten Partei" über einen Gefangenaustausch mit Israel verhandeln zu lassen. Das zumindest teilte die Beiruter Regierung mit. Unterdessen forderte Saudi-Arabien den amerikanischen Präsidenten George W. Bush auf, sich für eine sofortige Einstellung der Gewalt im Libanon einzusetzen. Auf ihrem Flug nach

24 Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler (SPD), fordert ein langfristiges Engagement der Nato im Nahen Osten. Es sei klar, dass der Einsatz einer internationalen Friedenstruppe an der Grenze zwischen Israel und dem Libanon auf Dauer angelegt sein müsse, sagte Erler am Montag im Deutschlandradio Kultur. Eine solche Schutztruppe könne "nur Teil eines Gesamtkonzepts sein und nur mit der Zustimmung der betroffenen Kräfte, also auch des Libanon," agieren. Die Zustimmung des israelischen Verteidigungsministers Amir Perez zu der Friedenstruppe bezeichnete Erler als einen ersten Lichtblick nach zwölf Tagen des Bombardements. Die Schutztruppe würde nach Ansicht des SPD-Politikers nicht nur dem Schutz Israels dienen. "Der Libanon müsste das Gefühl haben, dass der Staat im Staat, also die Hisbollah, aufhört und damit auch die militärischen Maßnahmen Israels aufhören", sagte er. (Spiegel online 24. Juli 2006: Nahostkonflikt. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,428136,00.html>).

- Klingst, Martin; Polke-Majewski, Karsten 2006. 60 Jahre Kampf. Kriege, Siedlungen, Grenzen, immer wieder neue Anläufe zum Frieden - und dann doch wieder Gewalt. Eine kleine Geschichte des Nahost-Konfliktes ZEIT online vom 21.7.2006. <http://www.zeit.de/international/Libanon-Krieg#analyse>
- Nahost, Israel, Libanon, Syrien, Gazastreifen (2006). Aktuelle Informationen und Meldungen. <http://www.spiegel.de/>
- Nahost-Jahrbuch. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten / Hrsg.: Deutsches Orient-Institut Hamburg. Jg. 1993-2005
- Der Nahostkonflikt (2006). Schwerpunktthema der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: <http://www.lpb.bwue.de/aktuell/nahost.htm> (zahlreiche weiterführende Links).
- Nahostpolitik (2006). Brockhaus Enzyklopädie online. http://www.brockhaus-encyklopaedie.de/be21_article.php?document_id=0x1dee85ae@be
- Oswald, Bernd (2003). Friedensprozess. Schmerzvolles Auf und Ab. Süddeutsche Zeitung 15. Oktober.
- Palästina. Brockhaus Enzyklopädie online http://www.brockhaus-encyklopaedie.de/be21_article.php
- Palästinensische Befreiungsorganisation (2006). Brockhaus Enzyklopädie online. http://www.brockhaus-encyklopaedie.de/be21_article.php?document_id=0x1df25108@be
- Die palästinensischen Parlamentswahlen vom Januar 2006. Deutsches Orient-Institut Hamburg. GIGA Focus Nahost 1.3
- The Peace Process (2006). Israel-Palestine Center for Research and Information. <http://www.ipcri.org/files/papers.html#peace> (ständig aktualisiert).
- Steinebach, Udo (2006). Wenn das Volk die Falschen wählt: externe Demokratisierung in Nahost ist ein schwieriges Geschäft. In: Internationale Politik : IP. - 61 (2006) 6, 14-20.
- Der Vordere Orient in einer globalisierten Weltpolitik / Udo Steinbach, 2004; (Deutsch) (Religion, Kultur und Politik im Vorderen Orient / Peter Pawelka [u.a.] [Hrsg.]) ISBN 3-531-14098-1 Aus: Religion, Kultur und Politik im Vorderen Orient / Peter Pawelka [u.a.] [Hrsg.]. - Wiesbaden : Verl. für Sozialwissenschaften, 2004,
- Wolffsohn, Michael; Bokovoy, Douglas (2003). Israel. Grundwissen – Länderkunde, Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft (1882 - 2001). 6., erw. und überarb. Aufl. Opladen: Leske und Budrich.
- Zivilgesellschaft in Palästina (2005). in: Joachim Betz/Wolfgang Hein (Hrsg.), Neues Jahrbuch Dritte Welt, Wiesbaden: VS Sozialwissenschaftlicher Verlag, 144-156.

